

Annahme-Bureau. In Posen: außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilk. Amstr. 17) bei C. F. Meici & Co. Breite Straße 14. In Gnesen bei Ch. Spindler, in Grätz bei S. Streifand, in Leseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. F. Haube & Co., Haafenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Gorki beim „Invalidendank“.

Nr. 529.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 31. Juli.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Zeile ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat August und September werden bei allen Postanstalten zum Preise von 3 Mk. 64 Pfg., sowie von sämtlichen Distributoren und der unterzeichneten Expedition zum Betrage von 3 Mark entgegengenommen, worauf wir hierdurch ergebenst aufmerksam machen.

Expedition der Posener Zeitung.

× M a u c h.

Die „tobte Saison“ ist augenblicklich keine tobte, vielmehr will es scheinen, als ob in der Zeit der äußerlichen politischen Erschlaffung sich plötzlich Wolken zusammenballen wollten, welche stark mit Elektrizität geschwängert sind. Die Börsen an den großen Geldzentren des Westens befinden sich in einer hastigen Baissa und die Coursrückgänge auf dem internationalen Markte zeigen, daß die feinfühligsten Wetteranzeiger des Kapitalmarktes die gegenwärtige Windstille mehr pessimistisch als optimistisch deuten. China's Konflikt mit Russland, die Niederlage der Engländer in Afghanistan, die Ablehnung des europäischen Botums durch die Türkei, die panbulgarischen Agitationen und die Mobilmachung Serbiens, das Alles sind Ereignisse, welche die Nerven der europäischen Verkehrszentren in Aufregung versetzen. Und in der That scheint es, als ob der Rauch, der heute wieder auf der Balkanhalbinsel aufkräuselt, fast der Vorbote einer neuen Lohwäre.

Die europäische Situation, wie sie in dem Berliner Kongresse vor zwei Jahren zum Ausdruck gelangte, hat eine völlige Umgestaltung erlitten, seit die Gruppierung der Mächte durch die englischen Parlamentswahlen verschoben worden ist. Selten hat das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker, selten der Konstitutionalismus einer Nation, rein äußerlich betrachtet, so stolze Erfolge davongetragen, wie in England, wo das Botum des zum Parlamente wählenden Staatsbürgers genigte, um einen vollständigen Umschwung in der Lage des Welttheils hervorzurufen! Wir sagen freilich „rein äußerlich“, weil die Politik der Tories für Deutschland vortheilhafter war, als die der Wighs.

England hat die Einmischungs- und Großmachtspolitik Lord Beaconsfield's aufgegeben und seine schützende Hand von der Pforte zurückgezogen. Das „noli me tangere“, welches Lord Beaconsfield dem russischen Reiche entgegenrief, als er sich zum Protektor der Türkei aufwarf, ist heutzutage vergessen; Russland sieht die Hindernisse geschwunden und entfacht mit einem Male wieder die panbulgarischen Leidenschaften, es agitirt in Serbien, es agitirt in Montenegro und arbeitet auf die Wiederherstellung der Grenzen von St. Stefano hin.

Das durch die neue Haltung Englands isolirte Oesterreich fand seine beste Stütze in der Anlehnung an Deutschland und sieht mit Mißtrauen das Wiederaufleben der Ignatiow'schen Politik an. Frankreich aber, das die hellenische Race gern als Annex der lateinischen betrachten möchte, warf sich zum Schutze Griechenlands auf. Indem es dabei den Gedanken allzu sehr betonte, seine ehemalige Stellung unter den europäischen Mächten wiedergewinnen zu wollen, indem es mit der Möglichkeit einer Intervention kokettirte, weckte es das Mißtrauen Deutschlands. Schnell genug hat man freilich in Frankreich, sobald der letztere Umstand erkannt wurde, die hochtönenden Phrasen wieder gemäßiget und von einer Intervention will die Volksstimmung in Frankreich heut nichts mehr wissen, sie will nur den Frieden bewahren.

Daß bei diesem Wirrwarr innerhalb der europäischen Interessen, die Pforte bald wieder in das alte Fahrwasser gekommen ist, und auf die Uneinigkeit der Mächte rechnend, die Kollektivnote, welche die Ausführung der Konferenzbeschlüsse verlangte, ablehnend beantwortet hat, darf uns nicht Wunder nehmen. Der biedere Großtürke weiß eben, daß seine Existenz nur durch die Rivalität der Großmächte weiter ermöglicht wird, und er hütet sich, einem rein äußerlich zu Stande gekommenen Beschlusse Folge zu leisten, nachdem er sich durch einen Blick hinter die Kulissen überzeugt hat, daß die „Einnützigkeit“ der Konferenzmächte, keineswegs eine wirkliche Einnützigkeit ist. Das alte Doppelspiel wird am Bosphorus wieder inszenirt, Russland wird gegen Oesterreich, Oesterreich gegen Russland ausgespielt. Die Türkei hofft, daß bei den gegenwärtigen Reibungen in der montenegrinischen, der bulgarischen und griechischen Frage ein Zustand geschaffen werden kann, bei dem die Einnützigkeit der Mächte in die Brüche geht und die Pforte schließlich nicht als die renitente, verstockte Macht, sondern als das arme Opferlamm erscheint und so unbehelligt bleibt. Vielleicht mag es darum den Politikern am goldenen Horn nicht unangenehm sein, daß jetzt

wiederum die panbulgarische und montenegrinische Frage in so akuter Weise auftaucht.

Es wird sich zeigen, ob die Rechnung der Pforte eine richtige ist, oder ob die Mächte, trotz der Perfidie der russischen Politik — welche scheinbar loyal, im Geheimen auf einen Konflikt hinarbeitet — so viel Achtung vor ihren eigenen Beschlüssen haben werden, um ihnen auch den nöthigen Nachdruck zu verschaffen. Ein ruhiges, verschleppendes Gehenlassen würde in diesem Falle nur zu unabsehbaren Wirrnissen führen und dem Panlawismus wieder Thür und Thor öffnen. Russland hat bereits seinen Sturmvogel — Serbien losgelassen, und jedesmal wenn dieser Sturmvogel sich zeigt, lauert die Politik Ignatiow's im Hintergrunde.

In der Antwort der Pforte, so sehr sie auch ein energisches Einschreiten der Mächte herausfordert, ist wenigstens ein gewisses Zurückweichen gegen früher zu erkennen. Während die Pforte im verflohenen Jahre in ihren Notizen noch betonte, niemals einen der vier Punkte, nämlich Larissa, Mekowo, Janina und Prevesa abtreten zu können, läßt sie gegenwärtig Prevesa fallen und besteht nur auf der Beibehaltung der drei erstgenannten Städte und ihrer Gebiete. Sie verlegt sich demnach, wie immer, auf's Schachern und hofft wenigstens etwas von den an sie gestellten Forderungen abzuwickeln. Es beweist dies nur, wie erfolgreich die Mächte operiren können, wenn sie der renitenten Pforte die Zähne zeigen und damit befehlen, daß sie nicht länger gewillt sind, mit sich scherzen zu lassen. Heute ist bereits Prevesa konzedirt und in kurzer Zeit werden auch die übrigen Bedenken fallen, so wie nur die ersten Panzerschiffe im Jonischen Meere erscheinen. Der aufkräuselnde Rauch, der sich gegenwärtig auf allen Punkten des Balkans zeigt, mahnt daran, daß die Flamme erstickt werden muß, ehe diejenigen umherstreichenden Gewalten sich hinzudrängen, welche allein aus einem großen Brande Nutzen zu ziehen hoffen.

Theodor Mommsen über die Zustände der Gegenwart.

Die Theilnahme, welche sich für den ausgezeichneten Gelehrten nach dem Brande in seinem Hause allgemein regte, verdient er nicht nur als Forscher des Alterthums, sondern auch als freisinniger und wahrheitsgetreuer Beurtheiler der Gegenwart. Als Zeugniß hierfür zitiren wir hier eine Stelle aus seiner in der Akademie der Wissenschaften gehaltenen Festrede zur Feier des diesjährigen Geburtstages des Kaisers. Mommsen spricht von den glücklichen Errungenschaften des deutschen Vaterlandes, schließt aber hieran folgende Bemerkungen, welche die trüben Momente sehr entschieden zeigen, die gegenwärtig als drohende Reaktionsbestrebung an den Tag treten.

„Freilich, wo viel Licht und Glanz ist, da fehlen auch die dunklen Schatten nicht, und sie werden im Gegenfatz um so stärker empfunden. Wir haben viel Herrliches, aber auch viel Entsetzliches erlebt; unserem Volke sind nicht bloß die Wunden geschlagen worden, die von allen großen Kriegen ein nothwendiger Theil sind und die im Siegesjubel rasch vernarben, auch andere und schwerere, zum Theil fressende und eiternde haben sich geöffnet. Das gute Einvernehmen unter den führenden Nationen der Welt besteht nicht mehr in dem Umfang, wie es vor einem Menschenalter bestand; und wenn wir stolz darauf sein dürfen und stolz darauf sind, daß dem starken und großen Volke der Reib und Argwohn entgegentreten, wo das getheilte und geringgeschätzte ein gleichgültiges Wohlwollen fand, so fühlen wir dennoch, wo es hinterrückt, das Unbehagen der vielfach gestörten Beziehungen und die Gefahr für die Weltzivilisation, die in dieser stillen Fehde der Geister sich verbirgt. Dies ist ein nothwendiges Uebel und hoffentlich ein absehbares; die Zeit wird ja kommen, wenn wir sie auch nicht erleben, wo es sich von selbst versteht, daß unter den führenden Völkern der Welt das deutsche den Anspruch erhebt, keinem voran, aber auch hinter keinem zurückzustehen. Ernster und peinlicher sind die Erscheinungen, welche die geistige Entwicklung unseres eigenen Volkes unter der Sonne des Glückes aufweist. Wie der Soldat leichter den Gefahren und Entfagungen des Krieges widersteht als dem Rausch des Sieges, so stehen auch wir vor und in einer Rekrudescenz alter, einer spontanen Generation neuer moralischer Seuchen, die mit epidemischer Gewalt um sich greifen und an den Grundlagen unserer Gesellschaft rütteln. Ich will hier nicht reden von Dingen, die Jedem, der sein Vaterland liebt, nur zu stetig im Sinne liegen, und die zunächst sich in Kreisen und Zielen bewegen, welche uns nicht unmittelbar berühren. Aber nicht bloß in jenem äußersten Extrem offenbart sich der sittliche Zerfallsprozess, welcher auf unsere stolzen Errungenschaften unmittelbar gefolgt ist, und dessen Verwindung und Ueberwindung jetzt die nicht minder große und nicht minder schwierige Aufgabe des innerlich gesunden und kräftigen Theils der Nation ist. Alle alten Vorurtheile und Befangenheiten sind wieder erwacht. Wir sehen uns in ernstern Kämpfen mit Mächten, die wir, als wir jung waren, verachteten und verachten durften. Ist unser Reich

wirklich noch das Land Friedrich's des Großen, das Land der Aufklärung und der Toleranz, das Land, in dem nach Charakter und Geist und nicht nach Konfession und Nationalität gefragt wird? Ist es nicht schon ein gewohntes Uebel geworden, daß die politische Parteibildung, dieses nothwendige Fundament jedes Verfassungsstaates, vergiftet wird durch Sineiziehung des konfessionellen Haders? Regt man nicht in den sozialen und den wirtschaftlichen Fragen das Element des Egoismus der Interessen, wie des nationalen Egoismus in einer Weise auf, daß die Humanität als ein überwundener Standpunkt erscheint? Der Kampf des Neides und der Mißgunst ist nach allen Seiten hin entbrannt. Wirft man doch die Fackel in unsere eigenen Kreise und der Spalt klast bereits in dem wissenschaftlichen Adel der Nation.“

Deutschland.

+ Berlin, 29. Juli. [Zur Beschlagnahme von Postsendungen. Ein Geständniß.] In Breslau ist bekanntlich vor Kurzem gerichtlich die Beschlagnahme von Postsendungen angeordnet worden, welche an seitens der Polizei als Sozialdemokraten bezeichnete Personen gerichtet sind. Die Sache hat großes Aufsehen erregt, und ist in der That von äußerster prinzipieller und praktischer Wichtigkeit. Es erhebt sich die Frage, auf Grund welches Gesetzes eine solche Maßregel angeordnet werden konnte. Das Sozialistengesetz enthält darüber keine ausdrückliche Bestimmung; es kann also nur aus den im Allgemeinen gegen die Verbreitung verbotener sozialdemokratischer Druckschriften erlassenen Bestimmungen Pflicht und Recht der Postverwaltung gegenüber dem Sozialistengesetz ermittelt werden. In dieser Hinsicht bemerkt der Kommentar von Gareis: „Die Wirkung des Verbots einer Druckschrift erstreckt sich auch auf den Postverkehr. Zunächst ist sicher, daß durch das Sozialistengesetz § 3 des Reichsgesetzes über das Postwesen eine Aenderung erfahren: die auf Grund des Sozialistengesetzes verbotenen Zeitungen sind vom Postdebit unbedingt ausgeschlossen. Auch abgesehen davon darf die Postverwaltung nicht zur „Verbreitung“ der verbotenen Schriften wesentlich mitwirken; es ergibt sich dies aus der Tendenz der §§ 19 und 21 des Sozialistengesetzes, sowie daraus, daß ein Postgeheimniß nur in Bezug auf Briefe anerkannt und die Postbeamten zur Oeffnung und Einsichtnahme von Drucksachensendungen ausdrücklich befugt sind.“ — Daß diese Befugnisse der Postverwaltung bei der Beschlagnahme von Briefen nicht Platz greifen, liegt auf der Hand. Die Postverwaltung wird nun allerdings gerichtlichen Requisitionen gegenüber kein Vorwurf treffen. Das Postgesetz bestimmt in § 5: „Das Briefgeheimniß ist unverletzlich. Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Konkurs- und zivilprozessualischen Fällen nothwendigen Ausnahmen sind durch ein Reichsgesetz festzustellen.“ Das ist in dem § 99 der Strafprozessordnung geschehen, welcher bestimmt: „Zulässig ist die Beschlagnahme der an den Beschuldigten gerichteten Briefe und Sendungen auf der Post, sowie der an ihn gerichteten Telegramme auf den Telegraphenanstalten; dergleichen ist zulässig an den bezeichneten Orten die Beschlagnahme solcher Briefe, Sendungen und Telegramme, in Betreff deren Thatfachen vorliegen, aus welchen zu schließen ist, daß sie von dem Beschuldigten herrühren oder für ihn bestimmt sind und daß ihr Inhalt für die Untersuchung Bedeutung habe.“ Es geht daraus mit Bestimmtheit hervor, daß die Beschlagnahme von Briefen nur zulässig ist in Fällen, wo bereits eine Untersuchung eingeleitet worden. Das ist aber bei den breslauer Maßregeln nicht der Fall. Dort war nach amtlichen Bescheid des Amts- und Landgerichts vom Polizeipräsidenten ein Verzeichniß der dortigen Sozialdemokraten bezw. der als solche geltenden Personen eingereicht worden und darauf hin wurde gerichtlich die Beschlagnahme aller an diese Personen eingehenden Postsendungen angeordnet behufs Ermittlung, ob etwa verbotene sozialdemokratische Schriften darin enthalten seien. Die Personen, deren Postsendungen beschlaggenommen worden, befinden sich keineswegs in Untersuchung. Auf den Verdacht hin, daß möglicherweise der Inhalt der beschlaggenommenen Sendungen Material zu einer Untersuchung liefern könne, ist eine solche Maßregel durch die Strafprozessordnung nicht gerechtfertigt. Wir können danach das Verfahren der breslauer Gerichte, generell alle Postsendungen an Personen, die für Sozialdemokraten gelten, zur Einsicht zu verlangen, in der That nicht als zulässig anerkennen. Die den Behörden gegen die sozialdemokratische Agitation zustehenden Repressivmittel sind scharf genug, und wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn sie mit aller Energie gehandhabt werden. Um so vorsichtiger aber sollte man sich auch vor Maßregeln hüten, deren gesetzliche Grundlage zum mindesten höchst zweifelhaft ist. Dahin gehört die Beschlagnahme, wie sie in Breslau verfügt worden, dahin gehört die neuliche Anlage wegen Bannbruchs gegen sozialistische Reichstagsabgeordnete, dahin gehört auch, wenn sich die Mittheilung bestätigt, die Auflösung einer Versammlung der deutschen Volkspartei in Erlangen auf Grund

